

Diskussion

Das ungelöste Jahrhundertproblem: die Demokratisierung der Wirtschaft¹

Michael Brie

Nur wenige Historikerinnen und Historiker in Deutschland haben die Geschichte der Demokratisierung der Wirtschaft zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Ulla Plener gehört zu diesen. Und es ist außerordentlich erfreulich, dass nun die Beiträge zu der Tagung „Demokratie – Wirtschaft – Staat. Demokratische Transformation als Strategie der Linken“ vorliegen. Diese Tagung hatte der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum 80. Geburtstag von Ulla Plener 2013 in Berlin durchgeführt.² Man kann sich – im Zusammenhang mit Transformationsstrategien der Linken – kaum ein wichtigeres Thema vorstellen als das der Wirtschaftsdemokratie. Wie Ulla Plener in ihrem grundlegenden Einführungsbeitrag „Für umfassende Demokratie in Wirtschaft und Staat als Strategie der Linken im 21. Jahrhundert“ formuliert: „Die angestrebte Demokratisierung im Kapitalismus weist über kapitalistische Verhältnisse hinaus“ (S.9). Welches aber sind die konkreten Wege?

Die Demokratisierung der Wirtschaft, so Ulla Plener immer wieder und über viele Jahre, ist die Grundfrage jedes Sozialismus. Der westliche Kapitalismus basiert ja gerade darauf, dass er große Sektoren der Wirtschaft privatisiert und damit dem unmittelbaren Zugriff der Politik entzieht. Dies ist ein fragwürdiger Segen: Die politischen Herrschaftsverhältnisse konnten zwar in einer Weise demokratisiert werden, wie sie die Herrschenden noch vor 150 Jahren niemals zugelassen hätten. Aber Teile der aufstrebenden Arbeiterklasse hatten erwartet, dass ihnen mit der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche Macht zufallen würde. Der

1 Ein Beitrag zur Diskussion, anknüpfend an den Sammelband: Axel Weipert (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Nora Verlagsgemeinschaft, Berlin 2014, 230 S., ISBN 978-3-86557-331-5.

2 Siehe dazu auch den Tagungsbericht im Buch selbst sowie den Bericht: Günter Benser: Demokratie – Wirtschaft – Staat. Kolloquium, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2013/II, S.158-164.

Stimmzettel schien zugleich der Anteilschein an der Wirtschaft zu sein. Doch weit gefehlt: Die wirtschaftliche Macht ist heute mehr denn je kapitalistisch konzentriert, und große Teile der Vermögen sind in einer Weise in die Verfügung einer kleinen oligarchischen Gruppe geraten wie seit achtzig Jahren nicht mehr, so klären Anthony B. Atkinson und Thomas Piketty auf.³ Dies führt zur „Postdemokratie“ oder autoritärem Kapitalismus.⁴ Aber auch die breite Verteilung von Wohlstandsgewinnen und die Stärke des Sozialstaats (so sehr er auch umgebaut wurde im Sinne von „Fordern und Fördern“) waren von keiner der beiden Seiten vorhergesehen. Einiges des Er kämpften ist schon zurückgenommen worden. Vor diesem Hintergrund und dem einer globalen Vielfachkrise, in der sich die Krise des Naturverhältnisses mit der Krise sozialer Reproduktion, von Demokratie und Geschlechterverhältnissen usw. usf. überschneidet und verbindet, ist es tatsächlich unverzichtbar, sich wieder der Wirtschaftsdemokratie zuzuwenden.

Das Bedürfnis danach ist da. „Wir sind die 99 Prozent!“ ist auch eine Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. In der Krise selbst wurde das Problem der demokratischen Kontrolle über die Finanzmärkte aufgeworfen, die ganze Staaten in Geiselnahme nahmen und eine soziale Katastrophe herbeiführten. Der sozialökologische Umbau scheint Strukturpolitik und Konversion von der globalen Ebene bis hinunter in die Unternehmen zu rechtfertigen, wie die aktuellen Energiekämpfe zeigen; die transnationale Arbeitsteilung oder die neuen Technologien, die Güter selbst, die wir verbrauchen – überall ertönt der Ruf nach demokratischer Aufsicht und Mitbestimmung. Dem steht die Tatsache gegenüber, wie Ulla Plener und Alex Demirović konstatieren, dass in der realen Politik die Frage der Wirtschaftsdemokratie weitgehend von der Tagesordnung genommen ist.

Ulla Plener leistet in ihrem schon genannten Einführungsbeitrag erstens eine Fundierung der Wirtschaftsdemokratie über den Bezug zur Französischen Revolution von 1789. Die Arbeiterbewegung habe die Doppeltradition der individuellen Freiheitsrechte und von der demokratischen Kontrolle über die Wirtschaft entwickelt oder – wie sie es nennt – von „liberaler und sozialer Demokratie“ (S.10). Im Weiteren gibt sie zweitens einen kurzen Abriss über die Geschichte der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Dabei beginnt sie mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerk-

3 Siehe Anthony B. Atkinson/Thomas Piketty (Hrsg.): *Top incomes. A global perspective*, Oxford 2010.

4 Siehe Frank Deppe: *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, Hamburg 2013.

schaftsbund (ADGB). Dessen zwischen 1919 und 1933 entwickeltes Konzept der Wirtschaftsdemokratie verbindet den Bezug zur Menschenwürde, den Anspruch auf Partizipation der Arbeitenden an der Wirtschaft als einer öffentlichen Angelegenheit, die Verpflichtung des Staates gegenüber den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und schließlich die Entwicklung einer Wirtschaftsdemokratie von unten (durch Genossenschaften, gewerkschaftseigene Betriebe und Banken) (S.12f.). Noch heute haben die folgenden Worte von Fritz Naphtali an Gewicht nicht verloren: „Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen“ (zit. S.13f.).

Ausführlich geht Ulla Plener drittens auf die Nachkriegsgeschichte ein, nicht zuletzt auf die jüngere Diskussion, die sie in ihrer ganzen Breite zusammenfasst. Sie zeigt auf, dass es durchaus Ansätze für Wirtschaftsdemokratie gibt, die in der Produktivkraftentwicklung, in den Einstellungen der Bevölkerung selbst, in nicht profitorientierten Formen solidarischer Ökonomie und schließlich auch im Wirken der Gewerkschaften oder NGOs zu sehen seien. Mit Recht verweist sie auf die Erfahrung, dass das Wachsen von unten zugleich des Staates und der gesamtgesellschaftlichen Koordinierung bedarf, um dominant zu werden. Aber: „Der Staat BRD ist weit davon entfernt, ein Instrument demokratischer Transformation zu sein.“ (S.20-24, Zitat S.24) Eher werde er autokratisch-sicherheitszentriert. Und schließlich geht Ulla Plener auf eine ganze Reihe von theoretischen Ansätzen ein, die zumindest teilweise auch im vorliegenden Band vertreten werden, so von Michael Krätke und Alex Demirović, aber auch auf solche, die aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung kommen.

Ulla Plener versucht viertens eine Antwort auf die Tatsache zu finden, dass nach dem Scheitern des Realsozialismus die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie „– bis auf die Forderung nach erweiterter Mitbestimmung – faktisch fallengelassen“ worden ist (S.15). Sie verweist auf die Ambivalenz kapitalistischer Lohnarbeit (gleich „entwürdigend-abhängig und bedürfnisbefriedigend“ zu sein) und der bürgerlichen Demokratie (als Form „bourgeoiser Herrschaft“ und demokratischer Raum). Aber reicht dies wirklich aus, um zu erklären, was „das spontane Demokratiestreben der Lohnarbeitenden und anderer Kräfte“ hemmt (S.31)? Und selbst die Schwäche der Linken und die Dominanz neoliberaler Hegemonie, auf die sie verweist, könnten genauso Resultat der mangelnden Überzeugungskraft der wirtschaftsdemokratischen Ideen und Ansätze sein wie

deren Ursache. Die Frage, ob es nicht die Schwächen wirtschaftsdemokratischer Ansätze und historischer Experimente selbst sind, die die Defensiv erklären könnten, wird weder von Ulla Plener noch von einem der anderen Autorinnen oder Autoren des Buches systematisch gestellt und behandelt. Ich komme darauf zurück.

Abschließend betont Ulla Plener fünftens, dass die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat die zentrale übergreifende Forderung sei, die ein breites gesellschaftliches Bündnis ermöglichen würde, und stellt Kernelemente eines solchen Bündnisses dar: den Kampf um die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über Produktions- und Reproduktionsmittel, die paritätische Mitbestimmung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Erschließen gesellschaftlicher Potenziale von unten, breite Interessenbündnisse und die Demokratisierung des Staates (S.33f.). Ulla Plener endet mit der großen Vision: „Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft realisierte Demokratie würde eine von den Linken erstrebte Gesellschaft verwirklichen, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die wirklich demokratisch, sozial gerecht, friedlich und umweltverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann“ (S.36).

Im nachfolgenden Beitrag schaut Alex Demirović aus demokratietheoretischer Perspektive auf die Diskussion. Dies erscheint auf den ersten Blick abstrakt zu sein, ist aber für die Debatte um die Wirtschaftsdemokratie fundamental. Er schreibt: „Demokratie bedeutet – jenseits des rousseauschen Verständnisses –, dass das Allgemeine als solches nicht als selbstverständlich gilt, sondern im Lichte von Einzelinteressen in Frage gestellt werden kann [...] Im Allgemeinen geht das Einzelne nicht auf“ (S.39). Wenn dies aber stimmt, dann gilt dies auch für die „kollektive Aneignung“ der Produktionsmittel und die Wirtschaftsdemokratie. Das Allgemeine, so es nicht die herrschaftliche Dominanz eines Partikularinteresses über andere ist, ist vor allem die je konkrete Beziehung von Partikularem, ist konkret-allgemein.⁵ In der kollektiven Aneignung darf die Aneignung auf der Ebene der Unternehmen und ihrer Gliederungen, durch Arbeitskollektive und ihre Netzwerke, durch die arbeitenden Individuen,

⁵ Dies gilt in der Tradition von Gramsci auch für jene Dominanz des Partikularen, die sich als Hegemonie bewährt. Siehe Antonio Gramsci: Gefängnisheft, Bd. 1, H. 1, Hamburg 1991, S.102; Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Hegemonie, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/I, Hamburg 2004, S.20f.; Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2006.

durch Nutzerinnen und Nutzer der erzeugten Güter und Dienstleistungen, der Kommunen und Regionen usw. usf. nicht unterdrückt werden, sondern sie wäre als solidarische demokratische Form ihrer stets neu zu setzenden Entfaltung zu verstehen. Aber wie kann das konkret geschehen? Wenn Demirović verlangt, dass kein „geschichtsphilosophisches Prinzip“ dazu ermächtigen solle, einen „sich herausbildenden Keim einer erneuten Willensbildung zu unterdrücken“, dann steht die Frage, was dies in einer modernen Wirtschaft bedeutet? Denn um Neues zu ermöglichen, entstehen ständig und überall neue Keime, werden Erfindungen gemacht, Innovationen zur Durchsetzung gebracht, Kredite vergeben. Oder soll dies, wie manchmal unterstellt, der demokratischen Abstimmung aller über alles unterworfen werden? Mehr noch: Haben dieses Beginnen von Neuem, das Experiment, der individuelle und kollektive Aufbruch, die Innovation nicht genauso einen Stellenwert wie die gemeinsame Entscheidung – wenn auch in anderer Hinsicht? Wie aber kann dieser Widerspruch vermittelt werden?

Einen wichtigen Beitrag liefert dazu Michael Krätke in seinem Beitrag unter dem Titel „Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft“. Ihm geht es dezidiert um institutionelle Alternativen. Mit Realismus betont er: „Wirtschaftsdemokratie wird zeitraubend und anstrengend“ (S.63). Für seine Vision einer Wirtschaftsdemokratie revitalisiert er das Konzept der Rätedemokratie, funktional und territorial gegliedert. Es würden eine parlamentarische Säule für alle Bürgerinnen und Bürgern gebraucht und eine „Rätesäule, die als demokratische Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit funktioniert“ (S.66). Dabei müsse der Marktsozialismus ein Element einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung sein. Die Gesellschaft habe nur zu entscheiden, welche Märkte sie in welcher Gestalt zulasse. Konkrete Vorschläge werden auch zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorgelegt (S.69-72).

Die Darstellungen zur Geschichte der Wirtschaftsdemokratie machen den größten Teil der Aufsätze in diesem Buch aus. Schließlich ist es ein Verein zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der die Tagung durchführte. Der Bogen ist weit gespannt und vieles aufgearbeitet. Es sind ganz wichtige Ansätze erfasst. Als Nicht-Historiker konnte ich davon sehr viel lernen. Dies gilt auch für die Beiträge von François Melis über den radikalen Demokraten Moritz Rittinghausen (1814-1883) und von Volkmar Schöneburg zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, nicht zuletzt mit Bezug auf die Tradition von Wolfgang Abendroth.

Insgesamt enthält das Buch eine gelungene Verbindung von Grundansätzen der Wirtschaftsdemokratie und Aufarbeitung geschichtlicher Er-

fahrungen. Gerade deshalb aber bleibt ein durchgehendes Manko: Es scheint, als sei die historische Defensive der Wirtschaftsdemokratie vor allem extern, durch den Gegner bedingt. Natürlich ist diese Idee heftig, auch mit Gewalt, Terror und Diktatur, bekämpft worden. Erinnerung sei nicht zuletzt an die Unterdrückung der Arbeiteropposition in der Sowjetunion oder an die der polnischen Arbeiterbewegung durch die kommunistische Staatspartei (dazu weiter unten). Wirtschaftsdemokratie hatte viele Feinde, auch in den eigenen Reihen. Aber dies erklärt nicht genug. Dies sei an einem Beispiel konkretisiert:

Ralf Hoffrogge verweist in seinem Abriss zur Geschichte der Idee der Wirtschaftsdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung auf das Scheitern von Robert Owen in den USA und darauf, dass schon Ferdinand Lassalle die Vorstellungen von Hermann Schulze-Delitzsch kritisiert hatte, weil die Arbeiter aufgrund des ehernen Lohngesetzes am Ende nur Hungerlöhne bekämen und so nie genug Kapital sammeln könnten, um eigene Produktionsbetriebe zu finanzieren. Nun ist es heute so, dass die Lohnabhängigen riesige Kapitalmengen in privaten Versicherungsfonds akkumulieren, aber eben nicht für eigene Betriebe und Einrichtungen ansparen. Wenn Hoffrogge schreibt, es habe sich immer deutlicher gezeigt, „dass die Auseinandersetzung um eine Demokratie der Wirtschaft keine Frage des besseren Arguments war, sondern ein Machtkampf zwischen Eigentumsansprüchen der Besitzenden und dem Streben der Besitzlosen nach demokratischer Teilhabe und Sicherheit“ (S.82), dann macht er es sich doch etwas zu leicht. Ganz simpel formuliert: Vielleicht erwarten die Lohnabhängigen nicht, dass von Ihresgleichen verwaltete und geführte Unternehmen hinreichend Gewinn abwerfen, um von diesem Gewinn dann Rentenansprüche zu finanzieren.⁶ Ich werde später auf Owens

6 Die Auseinandersetzungen um den sogenannten Arbeitnehmerfonds, entwickelt in Schweden unter Leitung von Rudolf Meidner, müssen genauer untersucht werden. Woher rührt die Defensive der schwedischen Arbeiterbewegung in dieser Frage, hatten doch Mitte der 1970er-Jahre viele Gewerkschaftler das Projekt enthusiastisch begrüßt? Der Widerstand der Kapitalseite und der Konservativen sowie die Unentschiedenheit oder Reserviertheit der Sozialdemokraten reichen m. E. als Erklärung kaum aus. Was speiste die bürgerliche Hegemonie? Siehe Rudolf Meidner: *Why Did the Swedish Model Fail?*, in: *Socialist Register*, Vol. 29, 1993, S.211-228; Hans-Michael Trautwein: *Arbeitsnehmerfonds in Schweden – der dritte Weg? Entwicklung und Kritik eines aktuellen Modells zur Demokratisierung der Wirtschaft*, Frankfurt/Main 1985; Robin Blackburn: *Rudolf Meidner, 1914–2005. A Visionary Pragmatist*, in: *counterpunch*, abrufbar unter: <http://www.counterpunch.org/2005/12/22/a-visionary-pragmatist/print> (letzter Zugriff: 25.5.2014), und sehr informativ zum Vergleich der westdeutschen und schwedischen Diskussion: Stefan Sjöberg: *Kollektive Vermögensbildung*

Experimente zurückkommen. Auch bei der Darstellung über Israel nach 1949 vermerkt Hoffrogge zwar den „weltweit einzigartig hohen Anteil von Genossenschafts- und Kollektiveigentum“ (S.95) in dieser Zeit, aber eine Erklärung für deren Scheitern bleibt aus. In seinen abschließenden Ausführungen unter der Überschrift „Sozialismus, Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf – ein Ausblick“ macht Hoffrogge noch einmal auf die Machtfrage aufmerksam. Alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung seien umkehrbar, „solange kapitalistische Marktationalitäten in einer Gesellschaft nicht grundsätzlich überwunden sind“. Die „gesamte gesellschaftliche Produktion“ müsse „selbstverwaltet und gebrauchswertorientiert“ sein (S.98f.). Aber führt das nicht zurück zu Positionen, die dem Kampf um Wirtschaftsdemokratie vor einer „Eroberung der politischen Macht“ keine transformatorische Bedeutung zumaßen, weil es nur „Inseln‘ im Kapitalismus“ seien, wie auch Hoffrogge betont, also nicht sozialistisch wirken könnten?⁷

Gisela Notz verweist in ihrem Beitrag über die Genossenschaftsbewegung darauf, dass Karl Marx und Friedrich Engels eben aus diesem Grund solchen „basisnahen Konzepten und Kooperativen“ bestenfalls einen experimentellen Wert zumaßen.

Auch Rosa Luxemburg habe die Eroberung der Staatsgewalt zur Vorbedingung für wirkliche genossenschaftliche Produktion erklärt (S.103f.). Das Scheitern derartiger Ansätze wird also aus dem Machtkampf und/oder der Systemlogik erklärt. Wie soll daraus aber Transformation erwachsen? Der Einsatz für die Wirtschaftsdemokratie würde sogar demotivierend wirken, weil man ja nur lernen könnte, was nicht geht. Es sei denn, man will mit solchen Projekten beweisen, dass nur die Lösung der Systemfrage die Antwort sei. Real haben sich die Arbeiter von vielen derartigen Bestrebungen sozialistischer Wirtschaftsdemokratie ab- und dem Kampf im Kapitalismus zugewandt, da sie praktische Lösungen für praktische Probleme suchten und teilweise auch fanden. Vielleicht könnte aus dem Ansatz der doppelten Transformation,⁸ auf den Ulla Plener in ihrem Bei-

in Arbeitnehmerhand, in: Utopie kreativ, H. 186 (April 2006), S.311-322.

⁷ Verblüffend ist, wie unvermittelt Hoffrogge anders als Krätze mit dem Kapitalismus auch jede „Marktationalität“ ad acta legen will. Die Tatsache, dass solche Versuche bisher immer wieder – und zwar katastrophal – gescheitert sind, scheint ihn nicht zu beeindrucken. Es sollte zumindest ein wesentliches Mehr an Begründung notwendig sein, um solche Positionen zu vertreten.

⁸ Siehe Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg 2013.

trag verweist, zusammen mit dem Konzept von Erik O. Wright über die Verbindung von Nischenstrategien, Strategien der Koevolution von sozialökologischen mit kapitalistischen Tendenzen sowie der Strategie des Bruchs mit den Machtverhältnissen und institutionellen Logiken kapitaldominierter Gesellschaften⁹ eine produktive Fundierung für wirtschaftsdemokratische Ansätze heute erwachsen. Dem wäre weiter nachzugehen. Einiges dazu weiter unten.

Während nun Gisela Notz wie auch Ulla Plener auf die Verknüpfung von Nischenstrategien mit denen des Kampfes um Mitbestimmung in Betrieben, Unternehmen und auf volkswirtschaftlicher Ebene unter kapitalistisch dominierten Bedingungen setzen, wird eine solche Strategie durch Michael Hewener im Rückgriff auf Johannes Agnolis Kapitalismus- und Staatstheorie radikal in Frage gestellt. Für ihn ist Wirtschaftsdemokratie unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft prinzipiell unmöglich (S.182). Betriebsräte, Gewerkschaften und vor allem auch der Staat seien „weitestgehend in der korporatistischen Standortlogik gefangen“. Weder könne es einen demokratischen Kapitalismus geben noch einen Übergang zum demokratischen Sozialismus. Da der Staat vom Steueraufkommen einer funktionierenden Wirtschaft abhängig sei, könne er diese nicht sozialistisch transformieren, denn Investitionsboykott und Kapitalflucht würden einem solchen Experiment schnell ein Ende machen und jede linke Regierung, die dies nicht beherzigt, abgewählt (oder beseitigt) werden (S.186). Dies sind starke Argumente, und sie sind bisher weder theoretisch noch praktisch widerlegt. Schwach aber wird Hewener, wenn es um die Alternative geht. Dann propagiert er seinerseits eine Nischenstrategie: „Sehen wir zu, dass wir viele Produktionsstätten (Fabriken, Handwerk, Landwirtschaft, Information) und Reproduktionsstätten (Häuser, Gärten etc.) zusammenfügen.“ Dies müsse „unter kapitalistischen Vorzeichen stattfinden“. Er fügt hinzu: „Auch unsere Betriebe müssen kapitalistisch bestehen“. Wie dann um alles in der Welt diese vielen Ansätze, auf die er hofft, dem Weltmarktdruck standhalten können, den er doch sieht, bleibt völlig unklar. Wichtig an seinem Beitrag ist mir vor allem die Forderung, sich des Antagonismus bewusst zu sein, nicht einfach Frieden mit den gegenwärtigen Verhältnissen zu machen, wenn wir Frieden haben und Forderungen durchsetzen wollen. Nur auf diesem Wege könne Wirtschaftsdemokratie, so Hewener, durchgesetzt werden. Er schließt mit den Sätzen: „Dann allerdings verliert sie ihren Namen. Dann heißt sie Kommunismus“ (S.188-190).

⁹ Siehe Erik Olin Wright: *Envisioning real utopias*, London u. a. 2010, S.273f.

Wichtig ist auch der Artikel von Axel Weipert über die Berliner Betriebsrätezentrale 1919/20. Hier wird eine andere Strategie rezipiert. Es ist der von dieser Betriebsrätezentrale entwickelte und auch von Rosa Luxemburg bei der Gründung der KPD propagierte Versuch,¹⁰ die kapitalistische Produktion in allen ihren Zweigen zu durchdringen und so die Kontroll- und Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen. So sollte zugleich eine zweite Phase der Revolution vorbereitet werden (S.122f.). Hier wird Wirtschaftsdemokratie gleichermaßen als Kampforgan und als reales Einstiegsprojekt in eine neue Wirtschaft gefasst. Ob und unter welchen Bedingungen dies eine zukunftsfähige Strategie sein kann, bleibt offen. Diese Frage stellt sich auch in dem Beitrag von Kamil Majchrzak und Sarah Graber-Majchrzak zu Konzepten der Arbeiterselbstverwaltung der 1950er- bis 1980er-Jahre in Polen. Anschaulich wird, wie in diesen Konzepten die Forderungen der Arbeiter nach ihrem Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung, das Bestreben nach Übernahme der Betriebe in die eigenen Hände und der Kampf zwischen Befürwortern einer demokratischen und von den Arbeiter getragenen erneuerten Planwirtschaft und den Vertretern einer Transformation hin zu Marktwirtschaft miteinander im Widerstreit lagen. Wirtschaftsdemokratie blieb im Kampf zugleich einheitsstiftend und widersprüchlich. Ähnlich spannend lesen sich die Darstellungen Dietmar Langes über die Gewerkschaftslinken in Deutschland und Italien. Hier werden Konzepte eingebettet in die realen Kämpfe realer Akteure.

Sebastian Zehetmair dekonstruiert seinerseits die wirtschaftsdemokratische Strategie des „reformistisch orientierenden Teils der Arbeiterbewegung“ (S.131) nach 1919 anhand des von Theodor Leipart und Fritz Naphthali vertretenen Konzepts der Wirtschaftsdemokratie. Dessen Grundlage bildeten Rudolf Hilferdings Auffassungen vom „organisierten Kapitalismus“, der Verwandlung des Staates aus einem Klassenstaat in einen Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtwillens und der sukzessiven Aushöhlung der Dominanz der Kapitaleigentümer durch Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt im Maße rechtlicher Eingriffe. Dies alles habe sich als Illusion erwiesen. Die Große Krise und die „Machtergreifung“ der Nazis machten dem ein Ende. Ein Rückgriff auf den Begriff der Wirtschaftsdemokratie mache deshalb nur Sinn, wenn er auf dem „Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung“ basiert und „deren Widersprüche und Instabilitäten in Rechnung stellt“ (S.140).

10 Siehe Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.488-513, hier S.511.

Es ist eine Schwäche des Buches, sich zu wenig den konkreten Experimenten zuzuwenden, sondern vor allem Konzepte vorzustellen. Dann würde auch klarer werden, dass Wirtschaftsdemokratie nicht auf den normativen Anspruch reduziert werden kann, auch ökonomisch über sein eigenes Schicksal kollektiv bestimmen zu können, sondern sich bewähren muss als überzeugende Form der Austragung der Widersprüche ökonomischer Reproduktion, eingebettet in ökologische, soziale, politische und kulturelle Verhältnisse und Reproduktionsweisen. Sie muss für größere Teile der Bevölkerung nicht nur die demokratisch bessere, sondern auch die ökonomisch überzeugendere Form von Entscheidungsprozessen sein. Und sie muss dazu beitragen, andere Probleme qualifiziert zu bearbeiten. Das ökologische war schon genannt worden.

Viele der Experimente aus der Geschichte waren nicht wirklich überzeugend. Darauf geht Gisela Notz ein, wenn sie mit Blick auf Produktionsgenossenschaften des 19. Jahrhunderts schreibt: „Oft war auch die Erfahrung, dass die propagierten Erwartungen an bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Strukturen der Betriebe kaum eingelöst wurden, am Scheitern schuld“ (S.107). Solche Tendenzen sind notorisch. Gisela Notz verweist auf das „eherne Gesetz der Transformation“ von Produktionsgenossenschaften, wie es Franz Oppenheimer auf Basis empirischer Analysen und ihrer theoretischen Verallgemeinerung formulierte: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, Produktionsgenossenschaft zu sein“ (zit. S.113). Es ist Jörg Roesler, der sich am Beispiel Argentiniens derartigen aktuellen Experimenten zuwendet. Aber auch er liefert keine wirkliche empirische Analyse. Er kann nur die sehr begrenzte Wirkung der besetzten Betriebe (*empresas recuperadas*) und die Zerwürfnisse zwischen ihnen konstatieren. Trotz ihrer relativ großen Zahl von 240 würden sie ein „Nischendasein“ führen (S.200). Warum sie aber zersplittert sind, warum sie nicht zu Attraktionspunkten werden, bleibt offen. Gut wäre es, die erfolgreichen Ansätze von der Mondragon Corporation oder der brasilianischen Landlosenbewegung MST genauer zu studieren.

Als Nicht-Historiker möchte ich meinerseits ein Beispiel aus der Geschichte der englischen Oweniten beisteuern. 1839 wurde Robert Owen durch die „Community Society“ von Birmingham beauftragt, Land für eine Genossenschaftssiedlung zu pachten. Das Gut Queenwood wurde übernommen – mit einer Laufzeit der Pacht von 99 Jahren. Jährlich waren 350 Pfund zu zahlen, bei 750 Pfund Anzahlung. Die Gesamtsumme von 15.000 Pfund finanzierte die Home Colonisation Society, die nationa-

le owenitische Organisation.¹¹ Jedoch übernahm Owen nicht die direkte Leitung, da er die Bedingungen für ein „Großexperiment“ seiner Vorstellung nicht gegeben sah (Robert Owen legte 1841 selbst einen neuen Plan vor, der sein Projekt konkret beschreibt.¹²) Die Genossenschaftler begannen mit großem Enthusiasmus sogar eine eigene Zeitrechnung, die *New Moral World* (NMW) – benannt nach der Zeitschrift von Owen.¹³ Riesige Hoffnungen einer großen Anhängerschaft lasteten auf ihnen. Viele hatten mühselig erspartes Geld gespendet. Nun wollten sie die Resultate sehen. War da wirklich eine bessere Welt im Entstehen?

Abgesehen von den inneren Auseinandersetzungen, in deren Folge sich die Zahl der Genossenschaftler bald von 57 auf 19 (acht Männer, vier Frauen und sieben Kinder) reduzierte, erwies sich, dass das Unternehmen defizitär war. Den Genossenschaftlern wurde von den Rechnungsprüfern empfohlen, den Verbrauch von Tee, Kaffee, Zucker, Fleisch und Butter zu reduzieren und mehr von den eigenen Produkten zu leben. Mehr Arbeitskräfte seien notwendig, wobei Genossenschaftler preiswerter seien als angestellte Lohnarbeiter. Der Lohn für angestellte Kräfte liege bei acht Schillingen pro Woche, die laufenden Aufwendungen für die Genossenschaftler würden dagegen nur sieben Schilling und ein Pence betragen. Man würde also elf Pence sparen. Owens Biograf und Mitbegründer der Gesellschaft der Fabier, Frank Podmore, kommentierte dies bissig: „So ist das sozialistische Argumentieren (reasoning); und dass ein derartiges Stück Arithmetik als gesunde Finanzen vorgelegt und akzeptiert werden konnte, reicht völlig aus, um das Desaster von Queenwood zu erklären, und eigentlich auch aller anderen sozialistischen Modelle dieser Zeit. Es ist ja wohl kaum notwendig zu erklären, dass der Lohnarbeiter von den acht Schillingen pro Woche sich selbst, seine Frau und seine Kinder ernähren und behausen müsse; die behauptete Einsparung von 11 Pence könnte nur dann realisiert werden, wenn die Gemeinschaft der Arbeitenden Unverheiratete sind und bereit, an der frischen Luft (also ohne Unterkunft – M. B.) zu leben“.¹⁴ Die

11 Zu den Details siehe auf Basis von Archivstudien Markus Elsässer: *Soziale Intentionen und Reformen des Robert Owen in der Frühzeit der Industrialisierung*, Berlin 1984, S.168-172; eine neuere Detailstudie liegt vor mit Edward Royle: *Robert Owen and the Commencement of the Millennium: The Harmony Community at Queenwood Farm, Hampshire, 1839-1845*, Manchester 1998.

12 Siehe Robert Owen: *A development of the principles and plans on which to establish self-supporting home colonies*, New York 1975.

13 Siehe Frank Podmore: *Robert Owen. A Biography*, London 1906, S.534.

14 Ebenda, S.541.

enormen Unterhaltskosten für Queenwood brachten die anderen Anliegen der Home Colonisation Society fast zum Erliegen. Am Ende machte das Experiment einen Verlust von zwei Dritteln der investierten Summe. Die Bereitschaft, einen solchen Versuch weiter zu unterstützen, brach weg.

Zurück zum vorgelegten Band. Beim Studieren der darin dargestellten Ansätze fiel mir auf, dass Produktivität, Effizienz und Innovation – um es vorsichtig auszudrücken – keinen zentralen Stellenwert haben. Mir schien sogar, dass diese Worte in der Vielzahl der Darstellungen fast oder ganz fehlen. Aber die primäre Funktion eines Wirtschaftssystems sind die Erzeugung, die Verteilung und der Austausch der materiellen wie geistigen Güter und Dienstleistungen, wie sie durch den (re)produktiven Stoffwechsel mit der Natur hervorgebracht werden. Dies unterscheidet Wirtschaft oder das Wirtschaftliche von anderen gesellschaftlichen Tätigkeitsweisen. Wirtschaftsdemokratie ist eine besondere Organisation des Wirtschaftlichen und muss sich als solche bewähren – oder sie wird scheitern.

Bei Wirtschaftsdemokratie darf die Betonung nicht nur auf Demokratie, sondern sie muss im gleichen Maße (wenn auch in anderer Hinsicht) auf Wirtschaft liegen. Dies ist umso wichtiger, weil Wirtschaftsdemokratie, so ihre Befürworter, gerade mit ihrem über den Kapitalismus hinausweisenden Ansatz sich gegenüber eben jenem Kapitalismus im Wettstreit durchsetzen soll, von dem man mit gutem Recht sagen kann: „Ein leistungsfähigeres Wirtschaftssystem hat noch niemand gesehen“. ¹⁵ Dies schließt natürlich auch ein: Es hat noch kein Wirtschaftssystem mit derartiger Zerstörungskraft gegeben wie den Kapitalismus. Rosa Luxemburg beschreibt das anschaulich in ihrem Werk „Die Akkumulation des Kapitals“. ¹⁶ Aber dies darf nicht blind machen für die andere Seite der Medaille. Es ist kein Zufall, dass das schon über 50 Jahre expandierende genossenschaftliche Experiment, die schon erwähnte Mondragon Corporation, sich auf vier zentrale Werte beruft, zu denen neben Kooperation, Partizipation und sozialer Verantwortung nicht zuletzt auch Innovation gehört. ¹⁷

15 Uwe Schimank: Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper, Köln 2011, S.7.

16 Siehe Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S.5-411. Zur ökologischen Zerstörungskraft siehe auch Jason W. Moore: Ecology and the Rise of Capitalism, Berkeley 2007.

17 Siehe Mondragon Corporation. About us. MONDRAGON Corporation, abrufbar unter: <http://www.mondragon-corporation.com/eng/about-us/> (letzter Zugriff: 25.5.2014).

Egal ob als „Nischen“ oder als Versuche einer Symbiose von (noch oder weiter) fortbestehenden Tendenzen kapitalistischer Verwertung und Tendenzen einer sozialökologischen Transformation bestrebt, Brüche herbeizuführen, die eine Rückkehr zur Kapitaldominanz unmöglich machen, stets konfrontiert mit Gegenbewegungen, steht immer die Frage danach, wie solche Ansätze im Wettkampf, im Wettbewerb bestehen können. Es geht um die Sicherung einer breiteren Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft, größerer Teile der Mittelschichten sowie nach Möglichkeit auch von partiellen Bündnissen mit Teilen kapitalistischer Eliten. Dazu bedarf es natürlich auch der Leidenschaft und Attraktivität, vor allem aber der Fähigkeit, die Gesamtheit der Ressourcen solcher Projekte zu reproduzieren. Wie sonst sollte eine neue große Transformation¹⁸ Erfolg haben können?!

Ich möchte kurz das Beispiel eines realen Experiments anführen: Mitten in den Überlebenskämpfen des Aufbaus des sowjetischen Sozialismus, konfrontiert mit Bürgerkrieg und militärischer Intervention, bemüht, die Diktatur der bolschewistischen Partei als Garant dieses Sozialismus aufrechtzuhalten, schrieb Lenin 1919 seine bemerkenswerte Schrift „Die große Initiative“. Dabei geht er auf die kommunistischen Subbotniks ein, die Bereitschaft der Arbeiter, an Sonnabenden unbezahlte Überstunden zu leisten. Lenin folgert: „Weniger politisches Wortgeprassel und mehr Aufmerksamkeit für die einfachsten, aber lebendigen, dem Leben entnommenen, durch das Leben erprobten Tatsachen des kommunistischen Aufbaus – diese Losung müssen wir alle, unsere Schriftsteller, Agitatoren, Propagandisten, Organisatoren und so weiter, unablässig wiederholen.“¹⁹ Er konstatiert: „Wenn das Neue eben erst entstanden ist, bleibt das Alte stets eine gewisse Zeit lang stärker; das ist immer so, sowohl in der Natur als auch im Leben der Gesellschaft.“²⁰ Vor diesem Hintergrund bringt er das Dilemma auf den Punkt: „Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben.“²¹ Die Lösung sah er 1919 in den kommunistischen Initiativen der Massen: „Bekanntlich werden derartige Widersprüche in der Praxis dadurch gelöst, daß dieser Circulus vi-

18 Siehe Rolf Reißig: Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: vorgänge, 2011, H. 3, S.79-88.

19 W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Ders.: Werke (LW), Bd. 29, Berlin 1971, S.397-424, hier S.408.

20 Ebenda, S.415.

21 Ebenda, S.416.

tiosus durchbrochen wird dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen“.²²

In solchen Initiativen erblickte Lenin „Keime des Kommunismus“: „Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache Arbeiter* in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen* und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden‘ zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden‘, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit“.²³ Von solchen Initiativen werde eine Ausstrahlung ausgehen, die es mit sich bringe, so hoffte er, „daß sich die Achtung und Liebe der Bauernschaft zum proletarischen Staat endgültig festigt“.²⁴

Doch nach dem Sieg über den äußeren Feind, nach Niederwerfung der „weißen“ Armeen unter Koltschak (1918), Denikin und Judenitsch (1919) und Wrangel (1920) flammten im Winter 1920/21 und Frühjahr 1921 Bauernaufstände im Kernbereich Sowjetrusslands (so im Gouvernement Tambov beginnend im August 1920) auf, die sich gegen den Kriegskommunismus und die erbarmungslose Requirierung der Ernte wandten. Es kam zu Streiks, und schließlich brach der Aufstand von Kronstadt mit der Forderung nach Sowjets ohne Bolschewiki aus. Mit der Arbeiteropposition taten sich fraktionelle Spaltungen in der Kommunistischen Partei auf. In einer jähen Wende wurde zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) übergegangen. Der „Circulus vitiosus“ wurde nun – erfolgreich – anders gesprengt, als 1919 gedacht. Wie Lenin zum vierten Jahrestag der Machtübernahme durch die Bolschewiki betonte: „Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen“.²⁵

22 Ebenda. Man darf mit Blick auf die Wirtschaftsdemokratie nicht vergessen: Schon unmittelbar 1919 – während des Bürgerkriegs – waren die Fabrikkomitees in der Industrie, die während des frühen Kriegskommunismus von den Managern die Leitung der Betriebe übernommen hatten, wieder entmachtet worden. Es entstand eine staatlich zentralisierte Wirtschaft, da Ineffizienz, Mangel an Koordination, schlechte Unfähigkeit oder Korruption zu existenziellen Bedrohungen für die Sowjetmacht geworden waren.

23 Lenin, Initiative, S.417. Hervorhebungen im Orig.

24 Ebenda, S.424.

25 W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: LW, Bd. 33, Berlin 1977,

Die Bauern erhielten das Recht, nach Leistung einer Steuer, über ihre Produkte frei zu verfügen. Teile der kleinen und mittleren Produktion wurden für privates Unternehmertum geöffnet, eine Währungsreform stabilisierte die Währung. Der private Handel wurde zugelassen, und es wurden Konzessionen an das ausländische Kapital vergeben und entsprechende internationale Verträge unterzeichnet.²⁶ Wie Lenin auf dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei ausführte, bedürfe es eines Staatskapitalismus unter Kontrolle des proletarischen Staats: „Staatskapitalismus – das ist jener Kapitalismus, den wir in bestimmten Grenzen organisieren müssen und den wir bisher noch nicht zu organisieren verstehen. [...] Der Kernpunkt der Frage besteht darin, zu begreifen, daß das jener Kapitalismus ist, den wir zulassen können und müssen, denn dieser Kapitalismus ist notwendig für die breite Bauernschaft und das Privatkapital, das so Handel treiben soll, daß die Bedürfnisse der Bauernschaft befriedigt werden.“²⁷ Es ging darum, wer den Wettbewerb gewinnt, darum, „den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft zu bewerkstelligen, daß wir ihre Bedürfnisse befriedigen und der Bauernschaft, so wie sie jetzt ist, [...] helfen können, vorwärtszuschreiten“.²⁸ Man kann dies auch wirtschaftsdemokratisch interpretieren: Die Bauern hatten eine Veränderung der Wirtschaftspolitik erzwungen, die ihren ureigensten Bedürfnissen entgegenkam – erkaufte durch Aufstände, die auch Tote zur Folge hatten.²⁹ Hatte Lenin 1919 auf die unmittelbare und selbstlose kommunisti-

S.31-39, hier S.38.

26 Das Ergebnis erschien wie ein Wunder. Angelica Balabanoff schrieb noch Jahrzehnte später: „Als ich am Morgen, an dem die NÖP in Kraft trat [...], ausging, glaubte ich zu träumen. Die Konditorei, die seit Jahren schmutzig, leer und düster dagestanden hatte, strahlte von Licht und Sauberkeit. Die Schaufenster waren auf Glanz poliert, die Ladentische standen voll mit Weißbrot, Kuchen, jeder Art von Gebäck. Vor der Ladentür eine unendliche Schlange von Menschen, eine Schlange, die gar nicht mehr aufhörte; und jeder hatte eine Einkaufstasche am Arm hängen und eine Geldbörse in der Hand [...] Es schnitt mir ins Herz, all das zu sehen und dabei an die Proletarier zu denken, an die Hausfrauen, die Alten und Kinder, die sich in all den Jahren nie hatten sattessen können.“ Angelica Balabanoff: Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel. Erinnerungen, Berlin 2013, S.143.

27 W. I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR (B), 27. März, in: LW, Bd. 33, S.249-295, hier S.265.

28 Ebenda, S.261.

29 Die ganze Geschichte der wirtschaftspolitischen Reformen der verschiedenen sozialistischen Länder in Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika ist eine Geschichte, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. Sie kann hier nicht diskutiert werden (Es sei wenigstens auf eine jüngste Veröffentlichung verwiesen: Klaus Steinitz/Dieter Walter: Plan – Markt – De-

sche Initiative gehofft, um die Bauern für die Sowjetmacht zu gewinnen, so war es jetzt eine staatskapitalistische Wirtschaft, in der die Bolschewiki die Kontrolle über den Außenhandel, das Finanzsystem, die Banken und die große Industrie behielten.

In beiden Fällen, 1919 und 1921, und darauf soll hier aufmerksam gemacht werden, ging es um Arbeitsproduktivität. Arbeitsproduktivität wird hier nicht verstanden einfach eng ökonomisch und betriebswirtschaftlich als Quantität eines Produkts je geleisteter Arbeitsstunde, auch wenn in die gesellschaftliche Produktivität im weitesten Sinne diese einzelne betriebswirtschaftliche Produktivität zumindest vermittelt eingeht. Gesellschaftliche Arbeitsproduktivität kann nur bestimmt werden, wenn die Folgen geleisteter Arbeit und des Produkts für die Produzenten selbst, die Gesellschaft und Natur, die Reproduktion der Produktions- und Lebensbedingungen berücksichtigt werden.³⁰ Damit geht es schon darum, ob „gute Arbeit“ (im Sinne des DGB) oder schlechte Arbeit geleistet wird, ob „gute Produkte“ oder solche hergestellt werden, die nicht zur menschlichen Entwicklung und Naturerhaltung beitragen. Und es ist die Frage zu beantworten, ob die Reproduktion der Gesellschaft dadurch befördert oder geschädigt wird. Dies ließe sich weiter ausführen. Vom Standpunkt eines politischen oder gesellschaftlichen Projekts – und dies steht hier im Vordergrund –, wie es mit der Wirtschaftsdemokratie verbunden wird, könnte man folgende Kriterien für eine sehr weitgefassete Produktivität eines solchen Projekts formulieren:

Erstens muss ein solches Projekt überhaupt in der Lage sein, sich zu gründen und in der Entstehungsphase zu behaupten. Hat es eine hin-

mokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen, Hamburg 2014.)

30 1987 hatte ich in einem Beitrag für das „marxistisch-leninistische Grundlagenstudium“ an den Hochschulen der DDR formuliert: „Der Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität als die, über die der Imperialismus [sprich: die westlichen Staaten – M. B.] verfügt, verlangt den Übergang zu einer solchen Stufe des Sozialismus, auf der die Errungenschaften früherer Entwicklung in Triebkräfte zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme verwandelt werden [...] Darauf basierend macht nicht die höhere Produktivität je Ware die anzustrebende höhere Arbeitsproduktivität des Sozialismus aus, sondern die größere Fähigkeit, solchen humanen Fortschritt hervorzubringen, der als gesellschaftliche, kollektive und individuelle Entwicklung zur Ausgangsbedingung neuer Entfaltung produktiver [heute würde ich hinzufügen: und reproduktiver] Gesellschaftskräfte wird.“ Michael Bric: Das Kriterium höherer Arbeitsproduktivität im Wettstreit der Systeme. Formations- und revolutionstheoretische Überlegungen, in: Beiträge zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium für Hoch- und Fachschullehrer, Bd. XXVII (1), 1988, S.3-14, hier S.14.

reichende Legitimität und Unterstützung, sind der Schutz und die Verteidigung eines solchen Projekts gesichert, gelang die Mobilisierung der notwendigen Ressourcen – alles Fragen, auf die Sowjetrussland ab 1918 stieß. Es gibt Transformationskosten, die in der Gründung hoch sind, während die Transformationsgewinne (zumindest bezogen auf den sozialen und wirtschaftlichen Bereich) oft erst verzögert (wenn überhaupt) eintreten.³¹ Es geht also um die sicherheitsrelevanten, die politischen, sozialen und ökonomischen sowie auch rein stofflich-energetischen Ressourcen, die die Gründung eines solchen Projekts oder einer Gesamtheit von Projekten absichern. Dieses Kriterium könnte man auch unter dem Begriff der Entstehungsfähigkeit zusammenfassen.

Zweitens ist die Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit zu gewährleisten. Jedes solches Projekt muss die Bedingungen seines Fortbestandes zu reproduzieren vermögen – intern durch eigene Kraft, extern durch Sicherung der notwendigen Ressourcen und Bedingungen. Hinzu kommt, dass nur die ständige Anpassung und Erneuerung der natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Bedingungen solcher Projekte ihre dauerhafte Existenz ermöglicht. Damit werden zudem die Probleme von Leistungsfähigkeit und Innovation aufgeworfen. Auch dabei sind keinesfalls eine beliebige Leistung und ein beliebiges Neues gemeint,

31 Dieses zeitliche Auseinanderfallen von absolut sicheren Kosten einer Transformation und möglichen, mehr oder weniger wahrscheinlichen Gewinnen derselben ist ein zentrales Problem jedes Wandels. Es kann – wie im Kriegskommunismus – durch eine vor allem symbolische Mobilisierung überbrückt werden, die mit vielen Neubeginnen verknüpft ist. Es gibt eine enthusiastische Phase, während der der Beginn solcher Projekte der Zweck des Handelns seiner Anhängerinnen und Anhänger ist. Aber erstens fallen die Kosten zumindest teilweise auch für jene an, die solche Projekte nicht aktiv unterstützen, zweitens steigen mit den Kosten die Effekte der Demotivierung auch der Anhänger, und drittens erschöpft sich die Motivation einer Gründung mit der Phase der Normalisierung relativ schnell. Was Erik O. Wright bezogen auf Strategien des Bruchs mit dem Kapitalismus schreibt, hat einen Kern allgemeiner Wahrheit: „Der ‚sozialistisch-phantastische Pfad [der Transformation – M. B.] imaginiert einen Bruch mit dem Kapitalismus, der für die Durchschnittsmitglieder einer Gesellschaft unmittelbare Verbesserungen ihrer materiellen Bedingungen nach sich zieht. Entweder gäbe es keine ernsthafte ökonomische Störung oder die unmittelbaren Gewinne der Umverteilung seien so hoch, um den kurzfristigen wirtschaftlichen Abschwung auszugleichen, der durch die Brüche eines schnellen institutionellen Wandels erzeugt wird. Selbst wenn es sich erweisen sollte, dass die materiellen Bedingungen des Lebens der Normalbürger in einer sozialistischen Wirtschaft viel besser sein würden, ist es nicht plausibel anzunehmen, dass ein transformatorischer Bruch mit dem Kapitalismus die Dinge unmittelbar verbessern würde.“ Erik Olin Wright: *Envisioning real utopias*, London u. a. 2010, S.314.

sondern jene Leistung und jenes Neue, die die Produktions- und Lebensweise, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, das Naturverhältnis usw. solcher Projekte tatsächlich befördern und nicht aushöhlen und obsolet machen.

Ein drittes Kriterium ist die Anziehungskraft oder Attraktivität solcher Projekte, damit sich die für eine Transformation notwendigen und hinreichenden Klassen und Schichten zusammenschließen für dieses Projekt. Und sie tun es nur, wenn sie auf diesem Pfad gesellschaftlicher Entwicklung mehr Möglichkeiten sehen als in vorliegenden Alternativen. Auch dies muss immer wieder von Neuem und gegebenenfalls über Generationen hinweg erneuert werden.

Man könnte gesellschaftliche Arbeitsproduktivität in diesem sehr weiten Sinne auch als Hegemoniefähigkeit von gesellschaftlichen Projekten definieren, wie sie Wolfgang Fritz Haug mit Verweis auf Antonio Gramsci auf den Punkt bringt: „Historisch progressiv‘ ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d. h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“.³² Man könnte gesellschaftliche Arbeitsproduktivität auch dadurch definieren, dass man fragt, ob sie im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Projekten eine höhere Existenz-, Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit sowie Attraktivität aufweist oder nicht. Es geht damit um die Reproduktivität solcher Projekte im geschichtlichen Prozess, um die Fähigkeit, die mit solchen Projekten verbundene Produktions- und Lebensweise, das System der Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnisse sowie die Führungsfähigkeit seiner Initiatoren und des von ihnen repräsentierten Entwicklungsmodells gegenüber anderen alternativen und im Wettstreit stehenden Ansätzen so zur Geltung zu bringen, dass diese Projekte sich behaupten und ausweiten. Nur wenige wirtschaftsdemokratische Ansätze sind dem bisher gerecht geworden.

Versteht man Arbeitsproduktivität in diesem weiten Sinne als Wirkungskraft von Wirtschaftsordnungen – und Lenin sah sich damit konfrontiert, wie die Ressourcen für den Sieg im Bürgerkrieg bereit gestellt, wie die Bauern gewonnen werden und wie die Macht der Bolschewiki

32 Haug, Hegemonie, S.14f.

den Wettbewerb mit Alternativen bestehen können –, dann liest man seine Gedanken von 1919 vielleicht auf neue Weise und überträgt sie produktiv auf heutige Probleme. Dies ist nur möglich, wenn die oben deutlich gemachten Unterschiede zu einem eng betriebswirtschaftlichen Verständnis von Arbeitsproduktivität berücksichtigt werden. Dieser Übertragung des rationalen Gehalts der Leninschen Fragestellung weichen viele Linke immer wieder aus. Lenin schrieb mitten im Kriegskommunismus: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk, aber man hat *damit begonnen*“.³³

Die Wirtschaftsdemokratie, so meine abschließende Bemerkung, muss mit der Arbeitsproduktivität oder Wirkungskraft von Wirtschaftsordnungen in diesem sehr spezifischen Sinne verbunden werden, oder sie wird wirkungslos sein. Es geht um die demokratische Vermittlung von Widersprüchen der gesellschaftlichen Reproduktion im Feld der Wirtschaft. Diskutierbar ist die Wirtschaftsdemokratie deshalb aber auch nur als eine solche Vermittlungsform des Wirtschaftlichen und dies neben und mit anderen. Dazu müssen die Widersprüche benannt, die Interessen aufgedeckt, die Kosten und der Nutzen vom Standpunkt der involvierten Akteure aufgezeigt, die intendierten wie nichtintendierten Folgen der Wahl dieser oder jener Form für die Betroffenen wie die Gesellschaft insgesamt analysiert werden. Nur dann ist Wirtschaftsdemokratie mehr als eine schöne Idee und droht nicht, sich in der Praxis vor den Interessen zu blamieren. Es gibt also gute Gründe, an der vorgelegten Publikation anzuknüpfen und ihre Fragestellungen weiterzutreiben – historisch wie theoretisch, vor allem aber natürlich durch das konkrete Studium konkreter aktueller Erfahrungen der „durch das Leben erprobten Tatsachen“. Das kann man nicht oft genug wiederholen. In dieser Frage gebe ich Lenin tatsächlich vorbehaltlos und uneingeschränkt recht.

33 Lenin, Initiative, S.416. Hervorhebung im Orig.